

Gemeinsam gegen den Flächenfraß

Schutzbundesgemeinschaft Rißtal und Bauernverband treten dem Bundesbündnis Bodenschutz bei



Ingrid Hagenbruch (l.) hat das Bundesbündnis Bodenschutz gegründet, dem die BI Schutzbundesgemeinschaft Rißtal (Alfred Schlanser; Mitte) und der Bauernverband Biberach-Sigmaringen (Gerhard Glaser) mit ihrer Unterschrift beitreten. (Foto: Gerd Mägerle)

Von Gerd Mägerle

Herrlichöfen

Die Bürgerinitiative (BI) Schutzbundesgemeinschaft Rißtal und der Bauernverband Biberach-Sigmaringen sind dem Bundesbündnis Bodenschutz beigetreten. Auf einer Wiese im Rißtal bei Herrlichöfen unterzeichneten die Beteiligten am Freitagmittag die entsprechenden Vereinbarungen. Ziel ist es, das im Rißtal geplante interkommunale Industriegebiet (IGI) zu verhindern und die natürlichen Böden und landwirtschaftlichen Nutzflächen langfristig zu erhalten.

Die Sonne schien vom blauen Himmel, die Vögel zwitscherten und die Initiatoren der BI hatten sich ein lauschiges Plätzchen für die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags ausgesucht. Rund 100 Interessierte, darunter hauptsächlich Anwohner, Landwirte und Naturschützer waren gekommen. Auf Stellwänden wurde über die Anliegen der BI und des Bodenschutzbündnisses informiert, auf einem zur Rednertribüne umfunktionierten Anhänger machten die Vertreter von Bodenbündnis, BI und Bauernverband ihre Anliegen deutlich.

Eva-Maria Gaum von der BI hatte den Kontakt zu Ingrid Hagenbruch, der Initiatorin des Bundesbündnisses Bodenschutz aus Weinheim, hergestellt. Dieses Bündnis ist ein Zusammenschluss aus Bürgerinitiativen, Organisationen und Einzelpersonen, um weiteren Flächenverbrauch für Gewerbe-, Neubaugebiete oder Straßen zu verhindern. „Die politischen Prozesse scheinen überall gleich abzulaufen“, sagte Gaum, „die Versiegelung von Fläche wird als unausweichlich dargestellt.“

Acht Hektar seien es allein pro Tag in Baden-Württemberg, rund 70 Hektar täglich in Deutschland. Und das, obwohl man sich im Bundes-Bodenschutzgesetz bereits 1999 auf einen sparsamen Umgang geeinigt habe, so Gaum. 2050 soll sogar die Netto-Null beim Bodenverbrauch erreicht sein. Bisher sehe man davon aber nichts. „Wo bleibt der sparsame Umgang mit der endlichen Ressource Boden?“, fragte sie ins Publikum.

Böden würden zu oft nur zweidimensional wahrgenommen, sagte Gaum, man müsse sie aber dreidimensional betrachten, zum Beispiel in ihrer Funktion als Wasserspeicher oder bei der Nahrungsmittelproduktion. „Bebauter Boden verliert diese Funktion für immer.“ Die Gesetze und Absichtserklärungen zum Schutz der Böden seien verfasst, „es ist jetzt an der Zeit, sie umzusetzen“, so Gaum.

Ingrid Hagenbruch vom Bundesbündnis Bodenschutz verwies auf viele Beispiele im Bundesgebiet, bei denen ähnliche Projekte wie das IGI Rißtal geplant seien. „Überall wird um Flächen gekämpft“, sagte sie. Umso wichtiger sei es, dass im Bundesbündnis nicht nur Naturschützer, sondern auch Bauernverbände mit dabei seien. „Es wird Zeit, dass wir Kommunen, Landkreisen und anderen Entscheidern vermitteln, dass landwirtschaftliche Flächen keine Reserveflächen für andere Nutzungen sind.“ Die Netto- Null beim Flächenverbrauch sei keine Spinnerei von Bürgern, sondern eine politische Vorgabe auf EU-Ebene, so Hagenbruch.

Das Bodenbündnis sei aber kein Gegner der Wirtschaft, betonte sie. „Wir müssen aber umdenken und überlegen, wie wir beispielsweise schon bebaute Flächen umnutzen können“, sagte Hagenbruch. „Der Erhalt unserer Grünflächen ist angewandter Klimaschutz.“ Auch Eva-Maria Gaum plädierte für einen Dialog mit der Industrie: „Im Grunde geht es uns doch um die gleiche Sache.“

Gerhard Glaser, Kreisobmann des Bauernverbands, kritisierte sogenannte „Scheinweisheiten“, die im Zusammenhang mit dem IGI Rißtal die Runde machten. „Das ist die Rede vom guten Beton, der besser ist als unsere Form der Landwirtschaft.“ Preisdruck und immer höhere Ansprüche machten den hiesigen Bauern zu schaffen. „Was Wunder, wenn sich auf den verbliebenen Flächen manches verdichtet oder es sich zumindest so anfühlt“, so Glaser. Den Bauern werde nichts geschenkt, sie verrichteten ihre Arbeit unter Aufsicht „einer ganzen Batterie von Behörden“, so Glaser. Sein Verband trete dem Bodenschutz-Bündnis bei, um „diesem Sauigeln mit fruchtbaren Böden entgegenwirken zu können“. Dass er sich als CDU-Politiker und Kreisrat für diese Haltung möglicherweise Kritik von Parteikollegen einhandle, davor scheue er sich nicht, sagte Glaser zur SZ.

Alfred Schlanser von der BI bemängelte, dass den IGI-Kritikern beim Runden Tisch des Regierungspräsidiums ein transparentes Verfahren zugesagt worden sei. „Leider blieb es beim Versprechen, die BI muss sich alle Informationen in mühevoller Kleinarbeit selbst besorgen.“ Neben dem IGI sei nun auch noch ein weiterer Kiesabbau bei Äpfingen geplant. „Wir brauchen schlichtweg ein Umdenken“, forderte er und regte an, dass die Firmen ihre bereits bestehenden großflächigen Parkplätze für Erweiterungen nutzen und Parkhäuser für ihre Mitarbeiter bauen sollen.

Verfolgt hatte die Veranstaltung auch Franz Manz. Der Metallunternehmer aus Herrlishöfen hatte sich diese Woche bereits für das IGI ausgesprochen, wo er selbst gerne eine kleine Erweiterungsfläche für seinen Betrieb hätte. „Zu 40 Prozent bin ich ja selbst gegen das IGI, die anderen 60 Prozent in mir sagen aber, dass wir es brauchen“, gab er sich hin- und hergerissen. Er sei in der Landwirtschaft aufgewachsen und könne die Argumente zu einem gewissen Teil nachvollziehen. Von einem Dialog mit den IGI-Kritikern verspricht er sich jedoch nicht viel: „Die haben ihren Tunnelblick, dagegen komme ich mit meinen Argumenten nicht an.“